

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 488; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5.- Zloty

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Helmtitel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beitreibung, Akkord oder Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebenen Inserate wird keine Gewähr übernommen, und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgeldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Reichstag einberufen

Für Mittwoch, den 17. Mai — Entgegennahme einer Regierungserklärung über die außenpolitische Lage

Wehrverbände in den Nachbarstaaten

Von

Major a. D. Dr. Bilke

Nach dem unsinnigen Beschluß der Genfer Abrüstungskonferenz, die deutschen Wehrverbände als „kriegsverwendungsfähig“ zu bezeichnen, interessiert doppelt ein Blick auf die tatsächlich militärisch organisierten Verbände der Nachbarstaaten.

Unter Wehrverbänden sind militärische und militärischen Zwecken dienende Institutionen zu verstehen, die die Siegerstaaten unterhalten und denen sie eine besondere Pflege zuteil werden lassen.

Für Deutschland sind sie verboten. Nach den Bestimmungen des Versailler Diktats, Teil V, ist es den deutschen Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereinen, Schützengilden, den Sport- und Wandervereinen und ganz allgemein jedweden Vereinigungen untersagt, sich mit irgendwelchen militärischen Fragen zu beschäftigen, gleichviel in welchem Alter sich ihre Mitglieder befinden. Es war beabsichtigt, dem deutschen Volke dadurch jede Beschäftigung mit soldatischen Dingen unmöglich zu machen. Hand in Hand damit ging auch das Verbot der „Allgemeinen Wehrpflicht“, deren Schöpfer ein Deutscher, der General Gerhard v. Scharnhorst, gewesen ist und die fast alle anderen Staaten von uns übernommen haben.

Im Kampf gegen Deutschlands Anspruch auf gleiche Sicherheit taucht seit längerer Zeit zur Irreführung der internationalen öffentlichen Meinung immer wieder der Hinweis auf die deutschen „Wehrverbände“ auf, die als „Geheime Reserve-Armee“ Deutschlands die angrenzenden Staaten gefährden und als wichtiger Machtfaktor der militärischen Stärke hingestellt werden.

Diese Behauptung gewinnt durch ihre ständige Wiederholung nicht an Wahrheitswert. Sie ist oft widerlegt worden. Denn den Privatorganisationen der deutschen Parteien wohnt trotz Uniformierung und mancher Neuherlichkeiten kein wirklicher militärischer Wert inne.

Dagegen ist weniger bekannt, daß unsere Nachbarstaaten neben ihrer großen Armee-Organisation über Wehrverbände verfügen, die in großem Maße aufgezogen sind. Hier von wird natürlich geschwiegen. Sie werden staatlich unterstützt und in engster Anlehnung an die Armee ausgebildet. Sie besitzen einen tatsächlichen militärischen Wert. In der Tschechoslowakei stehen die Sokolverbände im Vordergrund. Sie umfassen rund 630 000 Mitglieder, die durch aktive Offiziere und Unteroffiziere mit der Waffe erzogen und regelmäßig geübt werden. Daneben gibt es noch die klerikale Abart der Sokoln, „Die tschechoslowakische Dreifach“, sowie den Schützenverband, der allein etwa 260 Vereine umfaßt. Er steht im Kartell mit den entsprechenden polnischen und südslawischen Organisationen. Sein Programm ist ein ausgeprägt militärisches.

Der „Sozialistische Kampfbund“ in Belgien ist ein parteipolitischer, aber militärisch organisierter Verband von rund 70 000 Mitgliedern.

Hitlers Einspruch gegen die Genfer Methoden

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 12. Mai. Der Reichstag ist ganz überraschend für Mittwoch, den 17. Mai, 15 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die Entgegennahme einer Regierungserklärung über die Genfer Abrüstungsverhandlungen.

Die Reichstagsitzung findet wieder in den Krollräumen statt.

Der Präsident der deutschen Abrüstungsdelegation, Botschafter Naboluh, kommt am nächsten Montag für einige Tage nach Berlin, um der Reichsregierung

Bericht über die Lage auf der Abrüstungskonferenz zu erstatten.

Er wird am Donnerstag oder Freitag wieder nach Genf zurückkehren.

Auf der Abrüstungskonferenz hat die Nachricht von der Einberufung des Reichstages einen außerordentlich starken Eindruck hervorgerufen. Es wird allgemein als ein geschickter politischer Schachzug bewertet, daß die Reichsregierung sich dieses Forums bedient, um

vor aller Welt ihre Auffassung über die Vorgänge in Genf

kund zu tun.

Die plötzliche Einberufung des Reichstages zum 17. Mai hat überall im Ausland stark überrascht. Wie jetzt feststeht, wird die Regierung vor dem Reichstage zu den Genfer Verhandlungen und auch zur gesamten außenpolitischen Lage Stellung nehmen.

Reichskanzler Adolf Hitler

wird selbst das Wort ergreifen. Das Forum des Reichstages dürfte man gewählt haben, weil eine Erklärung in Genf nicht die Beachtung finden würde wie eine Erklärung vor der deutschen Volksvertretung, zumal an so bedeutungsvollen Reichstagsitzungen auch das Diplomatische

Corps teilzunehmen pflegt. Nicht nur die Genfer Verhandlungen, sondern auch die unberechtigten Angriffe im Englischen Oberhaus, die alles Bisherige weit übertreffen, zwingen die Reichsregierung zu einer Verteidigung. Die Regierung kann zu derartigen unberechtigten feindseligen Maßnahmen gegen Deutschland nicht mehr schweigen.

In der Reichstagsitzung dürfte auch die SPD-Fraktion teilnehmen. Es dürfte eine

Aussprache über die außenpolitische Lage

stattfinden, über deren Einzelheiten mit den Fraktionen in der kommenden Woche noch verhandelt werden dürfte.

Wenn die neue deutsche Regierung, die mit Vollmachten ausgestattet ist, die ihr eine fast unbegrenzte Freiheit des Handelns geben, jetzt die Volksvertretung einberuft, um ihr eine Erklärung über Genf abzugeben, so zeigt sich darin der

Ernst der Lage

Dieser spiegelt sich auch in den letzten Sondermeldungen der Berliner Blätter wider.

„Die Spannung ist auf einen Höhepunkt gestiegen, wie er bisher unvorstellbar war“

meldet der Korrespondent der „Berliner Morgen-Zeitung“, und auch in der Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird der Höhepunkt aller bisherigen Krisen bezeichnet und eine fast unabhärbare Verschlechterung der Atmosphäre Deutschland gegenüber festgestellt. Eine im allgemeinen ruhig und sachlich denkende Persönlichkeit des Völkerbundssekretariats erklärte dem Vertreter dieses Blattes:

„Seit der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges hat man eine derartige

allgemeine Stimmung gegen Deutschland noch nicht erlebt wie jetzt.“

Besonders ist dabei zu beachten, daß die Stimmung an feindseligsten auf englischer Seite ist, während sich Frankreich scheinbar zurückhält, natürlich nicht infolge einer Sinnesänderung, sondern weil es sich besondere Wirkung auf die Weltöffentlichkeit verspricht, wenn England die Fahne in den Kampf trägt. Besonders peinlich ist es, daß auch Staaten, die wir auf unserer Seite glaubten, wie namentlich Italien, abgewandt sind und sich passiv verhalten.

Geht es überhaupt noch um die sachlichen Gegenstände in der Abrüstungsfrage?

Darum, ob, wie Deutschland mit Recht verlangt, der gesamte englische Entwurf durchberaten oder die Vereinheitlichung der kontinentalen Armeen vorgenommen werden soll? Gemiß ist die Frage von größter praktischer Bedeutung, denn mit ihr steht und fällt die grundsätzliche

feierlich verbrieft Gleichberechtigung Deutschlands

auf dem gesamten Rüstungsgebiet. Und es ist daher Pflicht der deutschen Vertretung, unter allen Umständen den deutschen Standpunkt zu verteidigen und ihm Geltung zu verschaffen. Aber so wichtig die Frage auch ist, sie tritt jetzt zurück hinter der großen

Schicksalsfrage, die in den letzten Tagen immer offener enthüllt worden ist, ob Deutschland überhaupt ein gleichberechtigtes Mitglied der Staatengesellschaft werden soll oder ob es weiter in seiner unwürdigen Haft gehalten und noch fester verstrickt werden soll.

Nicht erst in den letzten Tagen ist diese Frage die Hauptfrage der Weltpolitik geworden, die ganze Entwicklung der Nachkriegszeit ist von ihr beherrscht gewesen. Wir sind ihr ausgewichen durch zweifelhafte Verträge, haben kleine Zugeständnisse als Fortschritte auf dem Wege zu einer uns günstigen Lösung hingenommen und haben uns der Einsicht verschlossen, daß unsere Gegner nur aus Zweckmäßigkeitsgründen, nicht aber aus ehrlichem Verständigungs- und Friedenswillen zu diesen Zugeständnissen bereit waren, daß noch immer der alte aus Furcht und Haß geborene Vernichtungswille vorhanden war.

Gerade die an Enttäuschungen überreiche Geschichte der Abrüstungskonferenz wurde der beste Beweis dafür. Man konnte es sich dem wehr-

bern. Den faschistischen Organisationen ähnelt nach Programm, Anzug und Gliederung die „Legion nationale belge“. Das belgische Kriegsministerium subventioniert alle diese Verbände ebenso wie die großen Turn- und Sportvereine, denen auch Vergünstigungen während der Dienstzeit gewährt werden.

Frankreich nimmt von allen Völkern seine Bevölkerung am stärksten für Wehrzwecke in Anspruch. Bei einer Einwohnerzahl von 40 Millionen bringt es im Kriegsfalle 4,5 Millionen unter die Waffen, ungerechnet die Farbigen. Das viermal größere Rußland begnügt sich mit nur 7 Millionen im Mobilmachungsfalle. Tatsächlich wird durch die Allgemeine Wehrpflicht und die vormilitärische Jugendausbildung nahezu die gesamte körperlich taugliche Mannschaft in Frankreich erfasst. Beachtlich sind die Verbände der Reserve-Offiziere und Reserve-Unteroffiziere, die zusammen 130 000 Personen ausmachen, d. h. 30 000 Mann mehr als die gesamte deutsche Wehrmacht beträgt. Da die Vereine der Frontkämpfer nicht organisatorisch erfasst sind, kann ihre genaue Zahl nicht angegeben werden.

Bergegenwärtigen wir uns den Umfang aller der genannten Wehrverbände, so erkennen wir den bedeutenden Kraftzuschuß, den unsere Nachbarn durch sie erfahren. Wir werden uns zugleich des ungeheuren Vorsprungs bewußt, den ihre Armeen dadurch vor uns besitzen. Mit der dem Deutschen Reiche in Genf im Dezember 1932 zuerkannten Gleichberechtigung hat das Verbot der militärischen Jugendausbildung, das uns das Versailler Diktat auferlegte, nicht das geringste mehr zu tun.

Zur Neuregelung der Arbeitslosenversicherung

(Telegraphische Meldung)

Wie notwendig eine finanzielle Neuordnung der Arbeitslosenfürsorge ist, beweist der Märzausweis der Reichsanstalt. Danach hat sich der Bestand weiter um 34,9 Millionen verringert und beträgt nur noch 34,4. Wenn die Reichsanstalt weiterhin verfassungsfremde Leistungen ausführen muß, die über ein Jahr 100 Millionen Mark betragen, so würde der Bestand bald völlig aufgezehrt sein.

Iosen und ermatteten Volk gegenüber leisten, sich den klaren Verpflichtungen des Versailler Vertrages immer wieder zu entziehen und sich trotzdem als die wahren Hüter des Friedens aufzuspielen. Als man schließlich doch, in die Enge getrieben, wenigstens grundsätzlich die Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen mußte, jann man auf neue Ränke, um die praktische Ausführung wieder zu vereiteln, erst recht nachdem Deutschland aus seinem Schlaf erwacht war und sich seiner Kräfte bewußt wurde. Mit keiner Tat, keinem Worte hat das nationale Deutschland den Verdacht begründet, daß es sich seine außenpolitische Machtposition mit anderen Mitteln wieder erringen wollte, als mit denen, die ihm durch die internationalen Verträge zur Verfügung stehen. Die Reichsregierung hat sogar in der feierlichen Stunde der Ergreifung der Macht und seitdem immer wieder klar und eindeutig aus tiefstem Verantwortungsgesühl heraus erklärt, daß sie ihr

heilige Aufgabe darin erblickt, den Frieden der Welt zu erhalten.

Aber schon die Tatsache, daß sie mit elementarem Schwung die Kräfte des Volkes befeelt und anruft, Ordnung im Innern zu schaffen, hat genügt, um im Ausland, voran in Frankreich, den alten Vernichtungswillen wieder zu beleben. Offen und im geheimen wurde wieder wie im Kriege die Stimmung gegen Deutschland geschürt, Lügen ausgegossen und Verträge gegen uns geschmiebelt, unbekümmert darum, daß die Welt dadurch in neuen Brand geraten könnte.

Der neue Tagungsabschnitt der Konferenz beweist, wie weit die Hege gebieten ist. Gewissenlos werden die alten Zusicherungen zerrissen und zertreten und selbst Staaten, auf deren Gerechtigkeitssinn und Wohlwollen wir glaubten bauen zu können, beteiligen sich daran oder dulden es. Ob aus Leidenschaft, aus Unverständnis oder aus Furcht vor den anderen ist dabei für uns ohne Belang.

Deutschland sieht sich, man kann es sich nicht verhehlen, vollends in diesen letzten Tagen ohne Freund und Helfer auf der Welt.

Es kann sich nur auf sein Recht, sein Gewissen und seinen Willen verlassen. Noch ist zwar das Schicksal der Konferenz nicht entschieden, es ist nicht unmöglich, daß noch im letzten Augenblick ein Zusammenbruch vermieden oder wenigstens verzögert wird. Aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß dann nur nützliche Zweckmäßigkeitsfragen, wie die Rücksicht auf die Weltwirtschaftskonferenz, ausschlaggebend sind.

Ohne Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung kann es keine wirkliche Lösung geben.

Diese Gleichberechtigung, das haben die letzten Auseinandersetzungen in Genf, die Reden der ausländischen Parlamente, die verlogene, aber in ihrer Verlogenheit klar zu deutende Stimmungsmache bewiesen, will man uns nicht geben. Deutschland, das neu erwachte, um seinen Wiederaufstieg ringende Deutschland soll gebemütigt und auf die Knie gezwungen werden.

In dieser ersten Stunde fühlt die Reichsregierung die Verpflichtung, vor dem deutschen Volk und vor der Welt noch einmal ihren Standpunkt zu vertreten. Wir wissen nicht, was die Erklärung bringen wird. Aber daran kann kein Zweifel sein, daß das ganze deutsche Volk seinem Führer begeistert zustimmen wird, wenn er den Friedenswillen Deutschlands feierlich verkündet, zugleich aber auch den eisernen Willen, nicht müde zu werden im Kampfe um gleiches Recht.

Darré Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates hat nach Rücksicht von Präsident Brandes beschlossen, Präsident Darré den Vorsitz und die Führung des DRK zu übertragen und ihm die Vollmacht zu erteilen, seinerseits Vertrauensleute für den Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrates einzusetzen. Darré hat den Württembergischen Bauernbesitzer Dr. Kräutle zum Stellvertretenden Vorstandsmitglied und Rittergutbesitzer von Oppendannenwalde zum zweiten stellvertretenden Vorstandsmitglied ernannt. Mit der Uebertragung der Führung des DRK an Präsident Darré ist nunmehr auch die dritte Säule des landwirtschaftlichen Berufsstandes unter der Führung des nationalsozialistischen Bauernführers Darré gestellt worden.

In Genf wird weiter verhandelt

Neuer Konferenz-Rettungsversuch Hendersons — Boncour gräbt die „Geheimdokumente“ wieder aus

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Der Zusammenbruch der Genfer Abrüstungskonferenz oder auch die Tarnung des Zusammenbruches durch eine weitere Vertagung der Genfer Abrüstungskonferenz ist durch das Eingreifen des englischen Präsidenten Henderson noch einmal vermieden worden. In den privaten Besprechungen der letzten 24 Stunden, zu denen auch eine besonders längere Unterhaltung mit Botschafter Radolny gehört, hat Henderson sich bemüht, noch einmal einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu finden.

Er will jetzt vorschlagen, daß der Hauptauschuss in einer allgemeinen Aussprache

die beiden Artikel des englischen Entwurfes über die Effektivitäten und das Kriegsmaterial zusammen behandelt, ohne vorläufig endgültige Beschlüsse zu fassen.

Die Gerüchte über einen Abbruch der Verhandlungen finden jedenfalls in diesen Bemühungen Hendersons keine Bestätigung.

Die deutsche Delegation wird jetzt einen letzten Versuch machen, um die hochgerüsteten Staaten zu einer Herabsetzung ihrer Rüstungen zu veranlassen. Scheitert auch dieser Versuch, so wird die Welt nicht im Zweifel darüber gelassen werden, auf wen die Verantwortung fällt.

Es ist zweifellos, daß durch diesen Beschluß des Präsidiums zunächst eine gewisse Entspannung auf der Abrüstungskonferenz eingetreten ist, wenn man sich auch nicht darüber täuschen darf, daß die sachlichen Gegensätze hierdurch nicht behoben worden sind. Trotz der ungläublichen Stimmungsmache, die man hier in Genf in den letzten Tagen gegen Deutschland betrieblen hat, hat man in letzter Stunde eingelenkt und sich geschüttelt, den Konflikt bis zum äußersten zu treiben. Durch den vom Präsidium angenommenen Vorschlag Hendersons, die Kriegsmaterialfrage zu behandeln, ist man einer Forderung der deutschen Delegation entgegengekommen. Es wäre aber vollkommen verfehlt, die weitere Entwicklung heute schon irgendwie optimistisch zu beurteilen. Die grundsätzlichen Entscheidungen stehen noch bevor. Neue Schwierigkeiten würden sich zweifellos ergeben, wenn, wie verlautet, jetzt der Schanke erwogen wird, die Laufzeit der Konvention, die im englischen Plan auf fünf Jahre vorgesehen ist, um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Ueber das Zahlenverhältnis der

Anrechnung unserer Verbände auf die Wehrmacht

liegen noch keine authentischen Meldungen vor, offenbar, weil darüber auch unter der Ausschussmehrheit eine Verständigung nicht so leicht zu erzielen ist. Würde die Abrüstungskonferenz auf ein günstiges Verhältnis hinauskommen, so würde der Beschluß nur eine wenig freundliche Geste bedeuten. Würde es aber ein ungünstiges Verhältnis werden, so würden sich dabei auch für Deutschland Folgerungen ergeben, die Mächte würden

uns damit nahelegen, die deutschen Verbandsmitglieder, die sie uns als Soldaten anrechnen, auch als Soldaten auszubilden und auszurüsten,

was bisher nicht der Fall ist. An eine so hochwertige Einschätzung unserer Verbände glauben aber beispielsweise die Franzosen selbst nicht.

Die

Stimmungsmache gegen Deutschland ist inzwischen weitergegangen.

Vor allen Dingen hat sich in Paris der französische Außenminister Paul-Boncour in einer Erklärung vor der Presse hervorgetan. In dieser Erklärung arbeitete Paul-Boncour wiederum mit den „Dokumenten“, die das französische Kabinett über die angeblichen deutschen Rüstungen zu besitzen behauptet. Er kündigte wieder einmal an, wie das schon sein Vorgänger getan hatte, daß er „zur gegebenen Stunde“ mit diesen Papieren an die Öffentlichkeit treten werde. Mit besonderer Betonung triumphierte Boncour über die Anrechnung eines Teiles der Schutzpolizei und der Wehrverbände zu den Kriegsverwendungsfähigen Formationen und darüber, daß England und Italien in diesen Fragen auf Frankreichs Seite stehen. Wenn infolge der intransigenten Haltung Deutschlands die Konferenz nicht zu einem allgemeinen Rüstungsherabsetzungs-Abkommen führen sollte, würde der Versailler Vertrag weiterhin zur Anwendung kommen.

Die Erklärungen Paul-Boncours haben in Berliner politischen Kreisen lebhaftes Verwundern erregt. Hinsichtlich der von dem französischen Außenminister erwähnten kasernierten Schupo muß wiederum daran erinnert werden, daß die Organisationsformen der Schupo von der Botschafterkonferenz festgestellt worden sind, sich Frankreich also an diesen von ihm selbst geleiteten Ausschuss zu wenden hätte, nicht aber an ein Komitee der Abrüstungskonferenz, das hierüber nicht zu Gericht sitzen kann. Wenn Paul-Boncour jetzt daneben aus

dem französischen geheimen „Dossier“ auch noch die Wehrverbände hat aufsteigen lassen, so hat er damit wohl niemandem eine Sensation bereitet, kann doch jeder Fremde sich täglich davon überzeugen, daß sie keine Waffen führen.

Die Ausführungen des französischen Außenministers erwecken im übrigen nicht den Eindruck, als ob angeht der gespannten Genfer Lage in Paris der Wunsch bestünde, seinerseits etwas zur Entspannung der Lage beizutragen, im Gegenteil weist er auf die Oberhandrede des englischen Kriegsministers hin, die bereits in der deutschen Presse hinreichend charakterisiert ist. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo Frankreich Farbe bekennen und zu seiner eigenen Vertragsverpflichtung: Abzurüsten, unzweifelhaft wird Stellung nehmen müssen.

Nicht mehr Römisches Recht

Deutsches Anerbenrecht

Keine Erbteilung von Bauernhöfen mehr — Ungeteilter Uebergang auf den Anerben — „Deutscher Bauernadel“

Im Preussischen Justizministerium ist ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der eine grundlegende Neuerung des bürgerlichen Erbrechts bringen soll. Dieser Gesetzentwurf geht vollkommen ab von dem Römischen Recht und wendet sich zurück auf das uralte Germanische Anerbenrecht. Der wesentlichste Sinn und Kernpunkt dieses Gesetzes ist der, daß jeweils nur ein einzelner Erbe den bürgerlichen Hof übernehmen kann. Damit wird der weiteren Zersplitterung des bürgerlichen Besitzes auf dem Wege der Erbteilung ein Riegel vorgeschoben. Der uralte deutsche Rechtsgrundsatz aus dem „Sachsenspiegel“:

„Der Bauer hat nur ein Kind“,

ist wirklich in das neue Recht eingearbeitet worden. Der neue Entwurf umfaßt das

Anerbenrecht und die Anerbenrolle,

in die alle Bauernhöfe eingetragen werden. Der Bauer darf nur einen Hof haben und nur ein Kind, das Anerbe ist, also Erbrecht auf den Hof hat. Deutschen Boden kann nur erben, wer deutsches Blut in sich hat. Das Gesetz betrifft nur Bauernhöfe von der Größe, die eine Familie ernähren können. Der Großgrundbesitz, der Landarbeiter beschäftigt, ist also von der neuen Erbrechtregelung ausgeschlossen. Die Miterben können auf dem Hofe versorgt werden und bei unverschuldeter Notlage „Heimatzuflucht“ auf dem Hofe finden. In der bewußten Abwendung vom Römischen zum Germanischen Recht wird der freie Verkauf von Grund und Boden verboten, damit der Boden nicht weiterhin wie bisher unter dem Römischen Recht eine Ware bleibt.

Der Verkauf von Anerbenhöfen darf nur mit

Genehmigung des Anerbengerichtes

erfolgen, die nur in Sonderfällen erteilt wird. Dieses Anerbengericht wird in bewußter Anlehnung an uralte deutsche Vergangenheit in Celle seinen Sitz haben. Es besteht aus einem Amtsrichter und zwei bürgerlichen Besitzern. Anerbe kann natürlich auch eine Tochter sein. Rein wirtschaftlich gesehen soll das Gesetz die Ueberwindung und Zersplitterung der Bauernhöfe im Erbgang verhindern und eine Klasse von gleichmäßig großen Höfen schaffen. Das Anerbenrecht gilt nur für den Hof. Bei der Verteilung des überschüssigen Vermögens nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches fällt der Anerbe aus, solange die Verteilungsquote unter dem Wert seines Hofes liegt. Interessant ist es, daß Mussolini sich vermutlich auch die Anregungen deutscher nationalsozialistischer Juristenkreise, die die Frage des bürgerlichen Erbrechtes im In- und Ausland eingehend studiert haben, sich jetzt ebenfalls mit dem Anerbenrecht beschäftigt und Fachleute mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes beauftragt hat.

In Deutschland hat besonders der Westen unter der bewußten Ueberachlassung des alten germanischen Bodenrechtes schwer gelitten. Hier hat sich der Code Napoleon ausgewirkt und eine Zerstückelung des Bodens in kleine und kleinste Teile hervorgerufen, so daß es fast keine erbtüchtigen Höfe mehr gibt und die Bevölkerung einwärts wandert. Nach den Erfahrungen anderer germanischer Völker wird das Heimatzufluchtrecht die Verpflichtung einschließen, die Zweit- und Spätergeborenen so zu erziehen, wie es die Größe des Hofes vorschreibt und vertritt. Sie müssen entsprechende Unterstützung für die Schaffung einer selbständigen Existenz (für die Töchter für die Aussteuer) erhalten.

Deutschlands Antwort zum Zollwaffenstillstand

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Die Reichsregierung hat die Antwort an England wegen des Zollwaffenstillstandes hinausgehen lassen und im Grunde dem Zollwaffenstillstand bis zum 31. Mai zugestimmt. Sie hat dabei betont, daß die besondere Lage Deutschlands als größtes Schuldnerland der Welt das Reich natürlich zu einigen Vorbehalten zwingen müsse. Das Reich brauche bei seiner handels- und währungspolitischen Lage freie Hand, wenn etwa neue Ereignisse eine neue Lage schaffen sollten.

Der Oberbürgermeister von Wittenberg, Wurm, wurde auf Veranlassung der Torgauer Staatsanwaltschaft durch die Ortspolizei verhaftet. Der Grund zur Verhaftung liegt im Verdacht der Untreue und Korruption.

Führerschulung des Arbeitsdienstes

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Wie die Reichsleitung des Arbeitsdienstes mitteilt, wird am Montag, 15. Mai, 8 Uhr vormittags, in Spandau im ehemaligen Lehrerseminar die Reichsführerschule des Arbeitsdienstes eröffnet.

In Preußen besteht noch in den meisten Gemeinden die

Sitte des Anerbenrechtes,

z. B. in Schlesien und Brandenburg. In Zukunft werden in diesen Landesteilen auch ohne Vorliegen eines Testaments die Höfe gesamtlich ungeteilt vererbt werden, während bisher in solchem Falle die Erbteilung erfolgen mußte, auch wenn der Besitzer und die Landesherren gegen solche Zerstückelung sprachen. Im Rheinland muß man nach der Zerstückelung der Höfe durch die römische Rechtsprechung besonders schonend vorgehen. Man wird hier zunächst keinen Zwang ausüben, sondern nur die Möglichkeit zur Eintragung in die Anerbenrolle und zur Unterstellung unter das Anerbenrecht geben. Auf diese Weise soll allmählich die Anerbensitte mit dem Anerbenrecht in Einklang gebracht werden. Wo die Sitte besteht, soll sie in Zukunft Recht sein, wo sie noch nicht besteht, soll sie durch eine Zwischenregelung eingeführt werden. Schwere Strafen, vor allem Zuchthausstrafen bewirken künftig den Ausschluß vom Bauernrecht. Auf diese Weise soll allmählich ein neuer Bauernadel entstehen.

Durch die Bestimmung, daß im Falle eines Verkaufes ein Miterbe das sogenannte Uebernahmerecht geltend machen und sich durch das Anerbengericht den Hof zusprechen lassen kann, wenn er die Garantie für eine gute Bewirtschaftung des Hofes gibt, soll der Einklang zwischen Reichs- und Landesrecht hergestellt werden. Das Erbrecht als Ganzes ist Reichssache, das Anerbenrecht kann vom einzelnen Lande geregelt werden. Auf diese Weise sind beide Zuständigkeiten miteinander in Einklang gebracht worden.

Innsbruck ohne Feuerwehr

(Telegraphische Meldung)

Innsbruck, 12. Mai. Bei den Kundgebungen in Innsbruck am vergangenen Sonnabend wurde auf einem Fahnenmast der Nationalsozialistischen Partei eine Puppe in Heimwehuniform aufgehängt. Der Bürgermeister gab der Berufsfeuerwehr den Auftrag, diese Puppe zu entfernen, was jedoch von dem Branddirektor abgelehnt wurde. Der Bürgermeister hat nun auf Grund dieser Weigerung die gesamte Berufsfeuerwehr aus den städtischen Diensten entlassen. Daraufhin hat die Freiwillige Feuerwehr sich mit den Entlassenen solidarisch erklärt.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Leh, hat den Leiter der Arbeiterbank, Müller, mit der Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der in den Einrichtungen der Konsumvereine festgelegten Werte beauftragt.

Aus Oberschlesien und Schlesien

Geldschranknader besuchen Beuthen

Mit roher Gewalt Türen und Schrant erbrochen — 150 Mark erbeutet

(Eigener Bericht)

Beuthen, 12. Mai.

Nachdem Beuthen seit längerer Zeit Ruhe vor Geldschranknaden hatte, scheint nun, daß sich wieder eine neue Einbrecherbande zusammengetan hat. In der vergangenen Nacht wurde in einem hiesigen Lederwarengeschäft ein Geldschrank in der gleichen Weise aufgebrochen wie vor einer Zeit in einer Stoffhandlung auf dem Ringe. Die Einbrecher haben ihren Weg in die Geschäftsräume von der Lange Straße aus genommen. Dort überkleterten sie zunächst einen Zaun und kamen auf diese Weise bis vor die hintere Tür, die zu dem Laden führt. Diese war durch Eisenbeschlag stark gesichert und trug an der Zusammenschlußlinie eine Eisenabstufstange, die mit einem Duzend Schrauben fest an die Tür befestigt war. Die Schrauben wurden einzeln herausgeholt und damit dann das Schloß einem bequemen Zugriff zugeführt. Dieses wurde gewaltsam aufgebrochen. Durch Erbrechen einer weiteren Tür kamen die Einbre-

cher in den Laden, neben dem sich das Büro befindet, in dem auch ein Geldschrank steht. Das Schloß des Geldschrankens wurde freigelegt. Dieses zerlegten die Einbrecher in einzelne Teile, so daß die gesicherte Schranktür von den Riegeln freigelegt worden ist und sie von selbst aufging. Aus dem Geldschrank, in dem sich auch verschiedene Papiere befanden, wurde das dort liegende Bargeld in Höhe von rund 150 Mark entwendet. Allem Anschein nach haben die Einbrecher auch noch einen Hypothekenbrief, der aus einem Nachlaß stammt, mitgenommen.

An den im Laden liegenden Lederjachen und Koffern hatten das diebische Volk kein sonderliches Interesse. Denn nach den bisherigen Feststellungen des Ladeninhabers fehlen nur wenige Gelbbörzen und einige Zigarettenkastchen. Demnach muß angenommen werden, daß es die Einbrecher nur auf Geld abgesehen hatten.

Weitere Verfehlungen des Oberbürgermeisters Dr. Berger?

(Eigener Bericht)

Oppeln, 12. Mai.

Die Verfehlungen des Oberbürgermeisters Dr. Berger haben in der Bürgerchaft große Enttäuschung hervorgerufen, da außer den 10 000 Mark, die Dr. Berger zur Verteilung an verarmte Arme von der Zementindustrie erhalten hat, aber für sich verbrauchte, noch weitere Verfehlungen durch den Untersuchungsausschuß aufgeklärt worden sind und als Material dem Staatsanwalt überwiesen wurden. Zu den Verfehlungen, die Dr. Berger aus Mitteln der Stadt besonders unterstützte, gehörte auch der Kommunitätsführer Schloffer Girndt und ebenso Redakteur Richter von dem sozialdemokratischen Volksboten, der sich als früherer Parteigenosse des Oberbürgermeisters dessen besonderer Gunst

erfreute. Dr. Berger betonte stets die große Sparfameit bei der Stadtverwaltung und verbot es durch eine Verfügung, keine städtischen Konserate an größere Zeitungen zu geben, die nicht in Oppeln ihren Verlagort haben. Ausgenommen hiervon war nur der sozialdemokratische „Volksbote“, an dem früher Redakteur Richter beschäftigt und dessen Verlagort Hindenburg war. Obwohl dieser fast keine Abonnenten in Oppeln hatte, oder gerade soviel, daß die Auflage in der Altentafel zu befördern war, mußten auch für dieses Blatt Konseraten-Aufträge gegeben werden. Oberbürgermeister Dr. Berger hat übrigens gegen den Haftbefehl eine Beschwerde eingelegt.

Gründe ist auch das Ermittlungsverfahren sofort nach Durchsicht des Aktenmaterials eingeleitet worden.

Arbeitskräfte aus der SA.

Gleiwitz, 12. Mai.

Wie wir bereits berichtet haben, richtet der Polizeipräsident in seiner Eigenschaft als Führer der ober-schlesischen SA an alle Arbeitgeber, gleich welche Art, die eindringliche Bitte, bei Beschäftigung und Einstellung von Arbeitskräften in erster Linie SA-Männer zu berücksichtigen und bringt zum Ausdruck, daß der ober-schlesische SA-Mann in erster Linie ein Anrecht auf Arbeit und damit auf Brot habe, da es nur seiner grenzenlosen Disziplin und seinem Opfermut zu danken ist, daß die nationale Revolution hier in Oberschlesien ohne jeglichen Zwischenfall vor sich gegangen ist. Der Polizeipräsident erwartet von jedem Arbeitgeber volles Verständnis dafür. Die örtlichen SA-Dienststellen, deren Anschriften überall zu erfahren sind, haben die Umweisung geeigneter Arbeitskräfte zu vermitteln.

Muttertagfeiern in den Schulen

Ein Erlass des Preussischen Kultusministers

Kultusminister Ruff hat an die Oberpräsidenten sowie an die Regierungspräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem er anordnet, daß in allen

Volks-, mittleren, höheren und beruflichen Schulen (einschl. der ländlichen Fortbildungsschulen) seines Aufsichtsbereichs am letzten Schultag vor dem Muttertag in geeigneter Weise auf den Muttertag hingewiesen und allen Triebkräften der Bewegung Rechnung getragen wird, die dem Familienleben und der Volksgemeinschaft unmittelbar zugute kommen.

Einer Frau beide Füße abgefahren

Gleiwitz, 12. Mai.

Am 12. Mai, gegen 16,40 Uhr, wurden einer Frau, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, auf der Güterzugstrecke Gleiwitz—Soszina unterhalb der Haupttreppe beide Füße abgefahren. Die Frau wurde in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus Friedrichstraße gebracht. Ob Unglücksfall oder Selbstmordversuch vorliegt, werden erst die Ermittlungen ergeben.

Hausangestellte und Arbeitslosenversicherung

Herausnahme geplant

Wie von unrichtiger Seite verlautet, wird in den nächsten Tagen eine Aenderung des Gesetzes zur Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden, in der bestimmt wird, daß die Hausangestellten aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Diese Maß-

Der Grundstückstausch zwischen Stadt Gleiwitz und Raffante

Zu der Angelegenheit betreffend den Grundstückstausch zwischen der Stadt Gleiwitz und Rechtsanwalt Raffante, Gleiwitz, teilt der Staatsanwalt für Korruptionsfachen folgendes mit:

Gleiwitz, 12. Mai.

Der Rechtsanwalt und damalige Stadtverordnetenvorsteher Raffante, Gleiwitz, hat Ende 1928 der Stadtgemeinde Gleiwitz eine ihm gehörige Eigentumschulde von einem in der Inflationszeit mit Papiermark gekauften Grundstück zum Tausch gegen ein anderes Bauland an. Dieses Angebot ist zunächst vom Magistrat abgelehnt, später jedoch beschlossen worden, daß Rechtsanwalt Raffante bei dem Tausch nur die Selbstkosten angerechnet werden sollten.

Trotzdem genehmigte der Magistrat durch einen von Oberbürgermeister Dr. Geißler und Stadtrat Dr. Warlo unterzeichneten Beschluß vom 4. 11. 1928 den Tauschvertrag vom gleichen Tage, auf Grund dessen Rechtsanwalt Raffante ein anderes, der Stadtgemeinde Gleiwitz gehöriges Grundstück überlassen wurde, dessen Wert von der Baudeputation auf 7 Mark

für den Quadratmeter festgesetzt worden war, während das von Rechtsanwalt Raffante eingetauschte Grundstück von der gleichen Baudeputation nur auf 2,50 bis 3,00 Mk. pro Quadratmeter geschätzt wurde. Mit Rücksicht darauf, daß Rechtsanwalt Raffante auch noch zusicherte, daß er auf dem eingetauschten Bauland innerhalb eines Jahres einen Bau ausführen würde, was jedoch nicht innegehalten wurde, übernahm die Stadtgemeinde auch noch die vom Rechtsanwalt Raffante zu zahlende Grunderwerbsteuer im Betrage von 1084,80 Mark, den sie aus den Straßennubaufonds zu Lasten der Bienenstraße entnahm. Vier Tage nach Genehmigung dieses Tauschvertrages durch die Stadtverordnetenversammlung trat Rechtsanwalt Raffante seine Rechte aus dem Vertrage an Rechtsanwalt Bernhard Cohn in Gleiwitz ab.

Ob und zu welchem Preise dieser das städtische Grundstück weiter verkauft hat, bedurfte keiner weiteren Nachprüfung, weil eine Strafverfolgung der Beteiligten wegen etwaiger Untreue oder Anstiftung hierzu inzwischen der Verjährung verfallen ist. Aus diesem

Heute
20 Uhr
Konzerthaus

Vaterländische Kundgebung der Deutschnationalen Front

Es sprechen:
Jürgen v. Ramin
Dr. Kleiner

Kunst und Wissenschaft „Grenzland in Rot“ in München

In den Monaten Juni und Juli veranstaltet die Studentenchaft der Technischen Hochschule München unter dem Motto „Grenzland in Rot“ eine Ausstellung, die der Verbundenheit des Reiches mit den mehr als 80 Millionen Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen Ausdruck verleiht. Zahlreiche kartographische und statistische Darstellungen, die von den Studierenden selbst angefertigt werden, zeigen die Not der Grenzgebiete und die Uninnigkeit der durch die Friedensabfritte geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Es ist besonders hervorzuheben, daß es deutsche Studenten sind, die damit der reichsdeutschen Allgemeinheit die Schwere des Ringens der Auslandsdeutschen um ihre deutsche Gesinnung, Kultur, ihr Volkstum und ihren Bestand nahebringen.

75 Jahre Rotationsmaschine. Die Londoner „Times“ war die erste Zeitung, die mit der von dem Deutschen Friedrich König erfundenen Druckmaschine 1100 Drucke in der Stunde lieferte. Die von König bei Würzburg begründete Fabrik lieferte 1847 eine Maschine, die 6000 Drucke in der Stunde hergeben konnte. Zur gleichen Zeit aber lief in der „Times“ in London die erste amerikanische Presse, bei der die Druckform auf einem Zylinder angebracht worden war. Die moderne Rotationsmaschine vermag 64 000 Zeitungen von 32 Seiten Umfang in der Stunde zu liefern. Sie vermag sechs, ja acht Papierrollen mit einem Male in Bewegung zu setzen und sie durch die Walzen zu führen, die insgesamt mit 96 Druckplatten versehen sind.

Flugzeuge kontrollieren Fernleitungen. Ein neues Aufgabengebiet für den Flieger wurde in Nordamerika erschlossen. Dort werden in Kanada und in der Union Flugzeuge zur Kontrolle der telegraphischen und der Starkstromfernleitungen eingesetzt. Diese Fernleitungen, die teilweise durch völlig unbewohnte Gebiete führen, wurden bisher durch Wächter

ständig begangen, die auf Isolatorschäden, Fremdförpfer in den Leitungen usw. zu achten hatten. Jetzt versehen Flugzeuge diesen Dienst. Sie fliegen in niedriger Höhe die Leitungen entlang, stellen die Schäden fest und melden sie an die Wächterstationen. Auf diese Art können Schäden in viel kürzerer Zeit als bisher festgestellt und behoben werden, besonders da die Arbeiter häufig ebenfalls mit dem Flugzeug an die Schadenstelle transportiert werden.

Hochschulnachrichten

Geheimrat Heide an der IS. Berlin

Der Geh. Legationsrat Dr. Heide vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ist zum Honorarprofessor in der Fakultät für allgemeine Wissenschaften der Technischen Hochschule in Berlin ernannt worden.

75. Geburtstag des Kofider Laryngologen Geheimrats Körner. Prof. Dr. Otto Körner, der langjährige Direktor der Ohren- und Kehlkopf-klinik der Universität Rostock, hat sein 75. Lebensjahr vollendet. Geheimrat Körner hat sich in zahlreichen Abhandlungen u. a. auch mit der altgriechischen Naturgeschichte und -medizin befaßt.

Der erste Vorsitzende des Deutschen Sprachvereins f. Wenige Wochen nach Vollendung seines 65. Lebensjahres ist der frühere Leiter der Abteilung für das höhere Schulwesen im Preussischen Kultusministerium, Ministerialdirektor Dr. phil. Richard Zahnte, der als erster Vorsitzender an der Spitze des Deutschen Sprachvereins stand, gestorben. — Einer der bekanntesten deutschen Sprachforscher, der Gymnasialprofessor i. R. Geh. Studienrat Oskar Weise, ist im Alter von 82 Jahren in Eisenberg in Thüringen gestorben. Geheimrat Weise hat ein Buch „Unsere Mutter-sprache, ihr Werden und Wesen“ veröffentlicht. Daneben hat er eine große Anzahl sprachwissenschaftlicher Werke verfaßt.

Von der Universität Breslau. Der Assistent der medizinischen Poliklinik in Breslau, Dr. med.

Hans Liebig, hat sich mit einer Antrittsvorlesung über „Die Pathologie und Behandlung der syphilitischen Gefäßerkrankungen“ als Privatdozent niedergelassen. Der neue Privatdozent ging nach Beendigung des Gymnasiumbesuches in Oppeln als freiwilliger Krankenpfleger ins Feld. Er studierte an den Universitäten Breslau und Tübingen und ist seit 1932 an den Breslauer Kliniken tätig.

Erdöl und Silber in der Arktis

Die Nordpolargebiete sollen wirtschaftlich erschlossen werden. Trotz zahlreicher Forschungsreisen sind bisher unsere Kenntnisse von der Arktis gering. Zwar wissen wir, daß in den Tundren und Gebirgen Nord Sibiriens reiche Bodenschätze wie Kohle, Eisen und Gold ruhen, die auf die Erschließung warten. Auch auf Spitzbergen und in Grönland ist Kohle gefunden worden und wird bereits abgebaut. Über andere Stellen der Nordpolarmwelt sind noch völlig unbekannt. So stiegen in der Nähe des kanadischen großen Bärensees, dessen Umgebung noch so gut wie unerforscht ist, Reisende auf überaus ergiebige Oelquellen; ferner sind die Felsen an den Ufern des Sees reich an Silber. Da auch Eisen dort festgestellt ist, sind zusammen mit der Ausnutzung der Oelquellen, die Möglichkeiten gegeben, das Land um den großen Bärensee in bescheidenem Maße zu bebauen.

Nahrungsmittel — aus Lumpen!

Unsere Ernährung während des Krieges wäre reichlicher gewesen, wenn wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse damals schon besessen hätten, über die wir heute verfügen. Eine dieser großen Erkenntnisse bedeutet die Möglichkeit, aus Wolle — praktisch handelt es sich um Lumpen — Eiweiß herzustellen. Ausgehend von dem Grundgedanken, daß Wolle dem Eiweiß chemisch nahe verwandt ist, versuchten in den letzten Jahren verschiedene Forschungsanstalten, darunter auch die des Reiches in Dahlem, Eiweiß künstlich zu gewinnen. Diese bedeutungsvollen Versuche sind gelungen. Unter Zusatz verschiedener Chemikalien erhielten die Forscher tatsächlich ein verwendungsfähiges Eiweiß. Damit ist der erste



Selma Kurz f.

Die Kammerjängerin Selma Kurz, zu ihrer Zeit die berühmteste und meistgefeierte Poloraturjängerin der Welt, ist im Alter von 59 Jahren nach schwerer Krankheit in Wien gestorben.

Schritt zur künstlichen Herstellung eiweißhaltiger Nähr- und Futtermittel getan worden.

Spielplan der Breslauer Theater. Gerhart-Hauptmann-Theater: Sonntag (15.30) „Lottchens Geburtstag“; „Erster Klasse“; (20.15) „Lottchens Geburtstag“; Montag bis einschließlich Freitag „Lottchens Geburtstag“; Sonnabend „Wenn der Hahn kräht“; Sonntag, 21. Mai (20.15) „Wenn der Hahn kräht“.

Miechowitz sorgt für die Armen

(Eigener Bericht)

Miechowitz, 12. Mai.

Nach Einführung des Gemeindevertreters...

Finanzkommission: von der NSDAP...

Wohlfahrtskommission: von der NSDAP...

Baukommission: von der NSDAP...

Kommission zur Verwaltung der Gemeindegüter...

Kommission zur Ermittlung der landwirtschaftlichen Anbauflächen...

Untersuchungs- und Sparschuh: Gemeindevertreter...

nahme ist vor allen Dingen deshalb von besonderer Bedeutung...

Beuthen

Die Meisterprüfung bestanden. Vor der Meisterprüfungskommission...

Hohes Alter. Die verm. Frau Anna Bruzickisch...

Sechshunderd-Abend. Anlässlich der Herausgabe...

Politische Schlägerei. Am Freitag hatten sich vor dem Einzelrichter...

Trene Hausangestellte. Die Hausangestellte Martha Ehrlich...

Von der oberschlesischen Flüchtlingsvereinigung. In der Monatsversammlung...

Gleichschaltung im GbL. In der Monatsversammlung...

Deutscher Luftsportverein. Sonderfahrt nach Gleiwitz...

Alter Turnverein. So. (20) Vorstandssitzung.

Kandwehverein. Kleintalbeschießen So. (15) im Schützenhaus.

Reichssozialklub. Kameradschaftsabend So. (20) im Vereinslokal.

Deutscher Mütterverein St. Scinitas. Stg. (6.30) hl. Messe.

Frauengruppe der NSD. Stg. (19) Muttertag.

Kriegsveteran. Stg. (10.30) Anreden der Jugendgruppen...

Turnverein Vorwärts. So. (20) Monatsverf. im Vereinslokal.

Verein der Redhauber-Fotografen. Stg. (7.30) Ausflug ins Dramatal.

Sport-Club Oberschlesien. Stg. (6.30) Start zur 20-Kilometer-Gepäckmarsch-Clubmeisterschaft...

und Baumeister Wiegorek wurden bemängelt...

Mit der

Einrichtung von fünf Notwohnungen für Obdachlose

in der bisherigen Evangel. Volksschule erklärte sich die Gemeindevertretung...

1. Für den freiw. Arbeitsdienst der Nationalsozialisten...

2. Die Mietsätze für die Paradenwohnungen werden um 25 Prozent gesenkt.

3. Die Kinderpeisung ist auch im Sommer für die bedürftigsten...

Versammlung schloß mit dem gemeinsam gesungenen Horst-Wessel-Lied.

Strafen- und Hausammlung für die Müttererholungsheime.

Gleichschaltung im Stenographenverein. Die Versammlung des Stenographenvereins...

Deutschnationale Front. Kreis- und Ortsgruppe der Deutschnationalen Front...

Günter-Wolf-Gedächtnis-Ehrung. Anlässlich ihres 31. Stiftungsfestes...

Deutscher Luftsportverein. Sonderfahrt nach Gleiwitz zur Luftfahrtausstellung...

Alter Turnverein. So. (20) Vorstandssitzung.

Kandwehverein. Kleintalbeschießen So. (15) im Schützenhaus.

Reichssozialklub. Kameradschaftsabend So. (20) im Vereinslokal.

Deutscher Mütterverein St. Scinitas. Stg. (6.30) hl. Messe.

Frauengruppe der NSD. Stg. (19) Muttertag.

Kriegsveteran. Stg. (10.30) Anreden der Jugendgruppen...

Turnverein Vorwärts. So. (20) Monatsverf. im Vereinslokal.

Verein der Redhauber-Fotografen. Stg. (7.30) Ausflug ins Dramatal.

Sport-Club Oberschlesien. Stg. (6.30) Start zur 20-Kilometer-Gepäckmarsch-Clubmeisterschaft...

Rechtliche Beratung. In der Monatsversammlung wurde...

Katholischer Lehrerverein. Zwecks Durchführung der Gleichschaltung...

Deutscher Mütterverein St. Scinitas. Stg. (6.30) hl. Messe.

Frauengruppe der NSD. Stg. (19) Muttertag.

Kriegsveteran. Stg. (10.30) Anreden der Jugendgruppen...

Turnverein Vorwärts. So. (20) Monatsverf. im Vereinslokal.

Frauenfreizeit auf der Schwedenschanze

(Eigener Bericht)

Neustadt, 12. Mai.

Die tiefste Gründe der neuen deutschen

Bejahung des Christentums

Wie immer, wenn Menschen verschiedenartiger Umgebung und Lebensstadien...

Ein reicher Arbeitsplan hat neben fruchtbringenden Bibelbesprechungen...

Die besondere Sendung der Frau

aber soll sich im neuen Deutschland wieder bewußt fräulichen Pflichten...

griff die Besprechung Pastor Holms, Oppeln, über 'Lage und Aufgabe der Kirche im neuen Deutschland'...

Gleichschaltung der kaufmännischen Vereine Hindenburgs

(Eigener Bericht)

Hindenburg, 12. Mai.

Der stellvertretende Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins hatte die Vertreter...

Sinn und Zweck der Gleichschaltung

sowie über die künftigen Aufgaben des Kaufmännischen Vereins wurde bekannt gegeben...

gleicher der übrigen kaufmännischen Vereine veranlaßt werden sollen, geschlossen in diesen Verein einzutreten...

Zum Verhandlungsleiter wurde Lehrer Klink bestimmt. Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab jedoch Stimmgleichheit...

Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit dem eindringlichen Appell an die Scheidenden...

Der Verein veranlaßt am Donnerstag, 25. Mai (Christi Himmelfahrt) eine Autofahrt nach Cosel mit Dampferfahrt nach Januschowitz...

Gleichschaltung in der Tischler-Zinnung. Die Freie Tischler- und Drechsler-Zinnung...

Bobrek-Karstl

NSD. - Frauengruppe. Am Donnerstag findet im Hüttencafé um 16 Uhr eine Frauenzusammenkunft statt.

Frauengruppe der Deutschnationalen Front. In der Zusammenkunft martet die Geschwister Maschner mit Vorträgen von vaterländischen Gedichten...

Rechtliche Beratung. In der Monatsversammlung wurde...

Gleiwitz

Verein für Einheitskurzschrift. In der Monatsversammlung wurde einer Reihe von Mitgliedern die Diplome und Preise...

Deutschnationale Front. Der Kreis Gleiwitz-Stadt der Deutschnationalen Front veranlaßt am Montag, 20. Mai, im Saale des Stadtgartens...

Geistliche Abendmusik. In dem am Sonntag, 20. Mai, in der Evangelischen Kirche stattfindenden Konzert...

Wünsche des Gleiwitzer Hausbesitzes an die Reichsregierung

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 12. Mai.

Unter dem Vorsitz von Justizsekretär Karl Nettek am Freitag eine Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins für den Stadt- und Landkreis Gleiwitz statt, in der der Vorsitzende einen Vortrag über die Lage des Hausbesitzes und insbesondere über deren hohe Belastung durch Zinsen und Steuern sprach. Die Versammlung gab hierauf ihre Zustimmung zu einer an das Reichswirtschaftsministerium gerichteten Entschließung, in der die Reichsregierung gebeten wird, dem durch Wucherzinsen und hohe Steuern seit vielen Jahren zugrunde gerichteten Hausbesitz endlich Hilfe zu bringen. Vor allen Dingen seien es

die unerträglichen Zinsen,

die jeden Wirtschaftsaufstieg hemmen und jede Steuerentlastung verhindern, weil aus den Steuern der Wirtschaft auch die viel zu hohen Zinsen der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen gedeckt werden müssen. Jeder Versuch der Reichsregierung, die 5½ Millionen Arbeitslosen unterzubringen, müsse solange scheitern, bis die heutigen Zinsen unter die Vorkriegszinsen, also unter 4 Prozent gesenkt werden. Der Haus- und Grundbesitz und die unzähligen kleinen und mittleren Gewerbe- und Handwerkerbetriebe, die in den Vorkriegszeiten die große

Masse der Arbeiter und Handwerker beschäftigt haben, werden diese Aufgabe auch jetzt und in Zukunft wieder erfüllen, wenn die Reichsregierung die Hypotheken und sonstigen Zinsen auf 3 bis 3½ Prozent senkt. Auch die Tilgungsbeträge, die heute durchschnittlich 1 bis 3 Prozent des Hypothekentitals betragen, dürften nicht höher als ½ Prozent sein, und der bisher von den Banken geforderte Verwaltungskostenzuschlag von ½ bis ¾ Prozent müsse ganz fortfallen, ebenso das von dem Leihkapital beliebte Dammo. Im Laufe der letzten 18 Jahre seien in dem Haus- und Grundbesitz unübersehbare Mengen von Ausbesserungsarbeiten nötig geworden, die nur deshalb nicht ausgeführt werden konnten, weil auch die höchsten Mietbeträge kaum die Zinsen und Steuerlasten gedeckt haben, sodass für die notwendigen Reparaturen nichts übrig bleibe. Der Haus- und Grundbesitzer sei gezwungen, jeden unter normalen Verhältnissen auch unentbehrlichen Arbeiter und Angestellten zu entlassen, um den Zusammenbruch seines Unternehmens noch eine Zeitlang aufzuhalten.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen gab der 2. Vorsitzende, Stättenbeamter G. Lombeck, einen Rückblick auf die frühere Zwangswirtschaft, ging auf aktuelle Hausbesitzerfragen ein und empfahl insbesondere den Hausbesitzern die Buchführung.



Neue Männer der Wirtschaft.

Von links nach rechts: Dr. h. e. Wagener, Alfred Möllers, Dr. von Lude und Dr. Otto Christian Fischer.

Dr. h. e. Wagener und Alfred Möllers wurden vom Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg zu Kommissaren des Reichs für den Reichsverband der Deutschen Industrie und für die übrige Wirtschaft, mit Ausnahme der Landwirtschaft, bestellt. Dr. Wagener hat zu seinem Vertreter für den Reichsverband der Deutschen Industrie Dr. von Lude bestellt, Dr. O. Chr. Fischer, Vorstandsmittglied der Reichskreditgenossenschaft, wurde zum Vorsitzenden des Zentralverbandes des deutschen Banken- und Bankiergewerbes berufen.

Kampf der Eigenbrötelei im Beuthener RB.

Die Wahlvorschläge zur Industrie- und Handelskammer Die neuen Handelsrichter

(Eigener Bericht)

Beuthen, 12. Mai.

Der Kaufmännische Verein hielt nach seiner Umschaltung am Freitagabend im Kaiserhof seine erste Mitgliederversammlung ab, die von ungefähr 250 Kaufleuten besucht war. Der Vorsitzende, Bierkaufmann Stadtrat Pollackel, begrüßte und hob hervor, daß der Verein in seiner neuen Form eine wahrhafte Ständevertretung sei. Er habe die Bestimmung, darauf hinzuwirken, daß der Vorstand es nicht zulassen werde, daß die Gemeinschaftsarbeit durch Eigenbrötelei gestört werde. Der Vorstand verpflanze sich für den Einzelhandel, besonders für die kleinen Geschäftsteile, einzusetzen. Er werde aber ohne Rücksicht gegen diejenigen vorgehen, die der Gemeinschaftsarbeit zuwiderhandeln wollten. Ausgeschlossen würden alle Mitglieder werden, die das Ansehen des Vereins schädigen wollten. Dr. Banke, der als Geschäftsführer zeichnet, sprach über grundlegende Veränderungen der Satzung auf dem Gebiete der Vereinsaufgaben. Es soll besonders klar herausgestellt werden, daß als Berufsstand die Zusammenfassung aller in einem volkswirtschaftlichen Aufgabenkreis tätigen Personen anzusehen sei. Dies sei altes christliches Gedankengut. Er legte

die Gedanken zur berufsständischen Wirtschaftsordnung

dar, die eine zwangsläufige Mitgliedschaft aller im Berufe tätigen Personen mit den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten erfordere. Die neue Einzelhandelspolitik werde wirksamer sein als die alte. Die Gliederung der Berufsstände erfordere ferner, daß jeder Berufsstand seine Aufgaben zu erledigen habe und nicht dulden dürfe, daß sich andere Berufsstände dazwischenschalten, worunter z. B. der Beamtenhandel zu verstehen sei. Hierauf wurden

Wahlvorschläge

des Vorstandes bekanntgegeben, und zwar

Mitglieder der Handelskammer:

Technischer Kaufmann, Kommissarischer Oberbürgermeister Schmieding, Kaufmann Willi Gorziwoda und Kaufmann Stadtrat Pollackel.

Handelsgerichtsräte: Karl Müller, Viktor Krahl, Direktor Robert und Max Strzypczak.

Handelsrichter: Georg Markeffa, Josef Naglo, Viktor Strzypczak und Emil Danke;

für den Steuerauschuß (Haus- und Grundbesitz): Karl Müller und Bernhard Scheiffel, für den Landkreis wird der Vorsitzende von der Industrie bestimmt, stellvertretender Vorsitzender: Paul Kaller, Bobref.

Für die Gewerbeabteilung: Viktor Krahl und Hans Nowak, für den Landkreis Richard Kohnig, Michowicz, und Karl Wallojche, Bobref.

Für die Umlaufabteilung: Max Strzypczak, Johannes Teichmann.

Für das Finanzgericht in Reife: Dr. Johannes Krahl.

Für die Geschäftsaufsichtskommission: Stadtrat Pollackel, Willi Gorziwoda, Viktor Strzypczak, Max Sawitsch und Viktor Kufotja.

Kommission zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, Max Strzypczak und Hans Nowak als Vorsitzende, Herbert Kämpfer, Theodor Urbanek und Hugo Kufotja als Beisitzer.

Kaufmann Rindler beanstandete die Bitte, Kreispropagandaleiter Heinrich hob als Vertreter des Kreisleiters gegen eine Abstimmung Einspruch, da die Vorschlagsliste der Bestätigung der Kreisleitung bedürfe. Er ließ das Hakenkreuzfahnen entfernen, da auch Juden und Zentrumsmitglieder zum Verein gehören. Kreiskampfbundleiter Dr. Ballaschinski sprach über die dringende Notwendigkeit der Einführung von Festpreisen. Im Rahmen der Kreiskampfbundleitung werde von Anfang nächster Woche eine Stelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes eingerichtet werden. Festsetzung der Preise müsse den Kaufleuten selbst überlassen werden. Die Kampfbundleitung sei nicht ermächtigt, in die Privatwirtschaft einzugreifen. Dr. Banke berichtete noch über unzulängliche und irreführende Bezeichnungen und über die Notwendigkeit des Ausschlusses von Mitgliedern, die fortgesetzt unlauteren Wettbewerb treiben.

In den neuen Vorstand wurden gewählt: Gottschalk (1. Vorsitzender), Hollmann (Schriftführer) und Döb (Kassierer). * RB. In der Monatsversammlung wurde Stadtrat Dr. Bier zum 1. Vorsitzenden und damit zum geistigen Führer der neuen Sportvereinigungen gewählt. Der Spielbetrieb der Fußballabteilung wird am 21. Mai aufgenommen. Tags zuvor findet in Stadlers Marmorhall die Gründungsfeier nebst einem Frühjahrsvergessen statt. Die Schwimmabteilung hat ihre Trainingsstunden an jedem Donnerstag von 20-22 Uhr im Stadtbad. Mannschaftsabende finden an jedem Freitag in den Vereinsräumen von Menges Hotel statt, und zwar für die Jugendabteilung um 19.30 Uhr und für die Seniorengruppe um 20.30 Uhr.

* Stahlhelm-Selbsthilfe. Am Freitag, 20. Uhr, findet im Saale von Marfa, auf der Kronprinzenstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Es spricht Stadtverordneter Poljanoff, Gleiwitz, über „Soziale Gemeinschaftshilfe und soziale Sparsysteme“. * Vom Gastwirtverein „Glückauf“. In der Generalversammlung zeigte der Jahresbericht des Vorsitzenden, daß es den Bemühungen des Vorstandes gelungen ist, die Stadtverwaltung davon zu überzeugen, daß eine Rationalisierung der Getränkesteuer-Beiträge den Wünschen des Gastwirtsberufes entspricht. Einen schweren Kampf galt es zu führen gegen die Auswüchse der Winkel-Ausschänke und Geheimbrennereien. Auch mußte darauf hingewirkt werden, daß nach 10jährigem Kampfe es gelungen ist, die Interessen des Gastwirtsberufes durch einen besonderen Ausschuß bei der Industrie- und Handelskammer vertreten zu sehen. Der bisherige erste Vorsitzende, Erich Grubel, wurde wiedergewählt. Sein Stellvertreter wurde Alois Bzigi-

billia. Schriftführer wurde Richard Scherndtner, als Stellvertreter Alfons Kurzen. Kassierer Josef Polwaczny, als Kassierer der Steuerklasse Ernst Roth. In die Prüfungskommission wurden gewählt: Grubel als Vorsitzender; für das Kochgewerbe Kwole und Friedemann; für das Fleischergewerbe Stadler und Kurka und als Protokollführer Polwaczny.

* Arbeitsbeschaffung. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit werden im Kreise Cosel mehrere Bauvorhaben, die vor allem Grabenausbau zur Entwässerung, Hochwassererschütten, Flußregulierungen und Straßenbauten umfassen, teilweise durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt.

* Turnverein. In der Generalversammlung wurden in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Dr. Bronner, 2. Vorsitzender Bierverleger Edmund Cyllis, 1. Sportwart Polizeihauptwachmeister Kopyciok, 1. Schriftführer Geschäftsführer Heinrich Jakubel, 2. Schriftführer Reinhold Prof., 1. Kassierer: Rassenbeamter Grubel, 2. Kassierer Hans Wodniok.

* Gründung einer Ortsgruppe des Kampfbundes. Unter der Leitung des Kreisleiters der

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Friz Seifert, Belfko, Druck: Risch & Müller, Sp. ogg. npp., Beuthen OS.

Unterschlagungen bei der „Christlichen Nothilfe“ vor dem Reichsgericht

Gleiwitz, 12. Mai.

Der frühere Bezirksdirektor Max Schimmed, der Vorsitzende des Direktoriums und Kassenergent bei dem Verein „Christliche Nothilfe“ in Gleiwitz, die ihre der Christlichen Gewerkschaft angehörenden Mitglieder bei einer Berliner Gesellschaft gegen Zahlung von Monatsbeiträgen für den Todesfall versichert hatte, hatte in unzulässiger Weise eine höhere Versicherung der Mitglieder zu seinen Gunsten vorgenommen und den Unterschiedsbetrag für sich verbraucht. Zur Verschleiерung dieser Machinationen fertigte er beweiserhebliche Urkunden fälschlich an. Weiter-

hin hat Schimmed den Versicherungskonzern „Obereschleien“ in Gleiwitz durch eine Kollektivversicherung der Mitglieder des Katholischen Arbeiter- und Männervereins in Gleiwitz durch Provisionschwindel geschädigt.

Der Angeklagte, der vom Landgericht Gleiwitz am 11. Januar wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet. Sein Rechtsmittel wurde jedoch am Donnerstag mit einer für die Strafhöhe belanglosen Maßgabe von der Revisionsinstanz verworfen.

Keine Kirchenwahl in Oberschlesien

(Eigener Bericht)

Breslau, 12. Mai.

Für die Wahlen zur schlesischen Provinzialsynode ist die schlesische Kirchenprovinz in sieben Wahlbezirke eingeteilt. Von diesen sind in drei Wahlbezirken, — und zwar in Oberschlesien, in der Oberlausitz und in dem Wahlbezirk Glogau — Einheitslisten aufgestellt worden, jedoch sich in diesen Bezirken ein Wahlgang erübrigt. Die Einheitsliste in Oberschlesien, die im ganzen neun Persönlichkeiten aufweist, unter ihnen den Vorsitzenden des Deutsch-Evangelischen Volksbundes, Oberregie-

rungsrat Klose, Reike, und Oberstudienrat Kölling, Beuthen, setzt sich aus vier Mitgliedern der Positiven Union, 2 Mitgliedern der Bekenntnisfreien Gruppe und 3 Mitgliedern der Deutschen Christen zusammen. Zu einer Wahl kommt es in den übrigen vier Bezirken Breslau, Oels, Liegnitz und Schweidnitz. Nach den drei Einheitslisten setzt sich die schlesische Provinzialsynode bisher wie folgt zusammen: Positive Union 12 Sitze, Bekenntnisfreie Gruppe 5 Sitze, Volkskirchliche Evangelische Vereinigung 5 Sitze, Deutsche Christen 16 Sitze, Freie Volkskirche 1 Sitz.

die Motette „Jesu, meine Freunde“ für 5stimmigen gemischten Chor a cappella.

Beisitzerjam

* Abol-Hitler-Schule. In der Stadtverordnetenversammlung gab Kammerer Scholz einen Bericht über Statübertreibungen bei den verschiedenen städtischen Verwaltungen im Etatsjahr 1932. Für das Jugendnotwert, das bis zum 15. April durchgeführt worden ist, wurde ein Betrag von 90 RM bewilligt. Es wurde beschlossen, die Zahl der unbefoldeten Magistratsmitglieder nicht herabzusetzen. In den Fürsorgeauschuß wurde an Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Randziora der Stadtverordnete Käßolb (NSDAP.) gewählt. Aus der Frauenschaft wurde Frau Bieneck als Mitglied, Frau Kierobisch als stellvertretendes Mitglied in den Fürsorgeauschuß gewählt. In die Feuerlöschkommission wurden Ludwig und Bont (beide NSDAP.) gewählt. Einstimmig wurde beschlossen, die Schule I Hindenburg-Schule, Schule II Abol-Hitler-Schule und Schule III Helmuth-Brückner-Schule zu nennen. Die Tschanderstraße erhält den Namen Adamezkystraße. An Stelle des verstorbenen Dr. Hagner wurde Dentist Humbroich in die Krankenhauskommission gewählt.

Hindenburg

* Beständiges Examen. Fräulein Maria Sowa hat die Prüfung am Beuthener Konservatorium als Klavierlehrerin bestanden. * Deutscher Werkmeisterverband. Die Gleichschaltung im Bezirksverein fand in der Monatsversammlung statt. Kommissar Zepfner hielt einen ausführlichen Vortrag über den Sinn der Gleichschaltung, worauf der Gesamtverband sein Amt niederlegte. Nach Ernennung des Kassierers Kahl zum Stellv. Vorsitzenden wurden alle Vorstandämter wie früher besetzt. * Von der staatlichen Reikensschule. Der Vorsitzende des Elternrats, Dr. Montag, hatte die Eltern der beiden Sektoren zu einer Be-

sprechung in die Aula gebeten. Nach seinen und des Schulleiters, Oberstudiendirektors Schleupner, Ausführungen sind die beiden Sektoren in diesem Jahre überfüllt, so daß der Elternrat sich genötigt sah, den Kultusminister um die Genehmigung zur Einrichtung einer dritten Sekta anzugehen. Die Ausführungen des Oberstudiendirektors Schleupner über die Schulgelbermäßigung und den Schulgelberlag zeigten den Eltern, daß es dem Schulleiter unmöglich ist, von den 800 Schülern mehr als 30 mit Freistellen zu bedenken.

* Städt. Ziegelei arbeitet wieder. Der Ausschuß für die städtischen Betriebe hat beschlossen, den Betrieb in der Ziegelei II an der Behmgraubenstraße wieder aufzunehmen.

* Kampfring junger Deutschnationaler. Am Sonntag spricht in Biskupitz im Saale von Muskala um 19 Uhr der Reichsführer des Kampfringes junger Deutschnationaler, von Ramin.

* Volkstümliches Mai-Singen der „Lieber-tafel“. Am Sonntag um 10.30 Uhr veranstaltet die „Lieber-tafel“ unter Führung von Seminaroberlehrer Kalciniski im Stadler-Garten ein großes Mai-Singen. Das umfangreiche Programm, das Perlen deutscher Liedliteratur enthält, erfährt noch durch freundliche Mitwirkung der Kapelle der Königin-Luise-Grube (Leitung: Kapellmeister Pol) eine wesentliche Bereicherung. Die Vortragsfolge bevorzugt im Konzertteil Schöpfungen Richard Wagners, „Lannhäuser“-Doverfürer, Einzug der Götter in Valhalla aus „Rheingold“ und das Preislied aus „Meistersinger von Nürnberg“.

* Volkstanzkurse. Die Volkstanzkreise haben ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es werden deutsche Volkstänze nach Volkswaisen mit und ohne Gesang gelehrt und geübt. Tungen und Mädel können sich zu den Übungsstunden im Jugendheim II des Jugendheims St. Anna einfinden.

* Rektoren-Verein. Die Ortsgruppe des Preukischen Rektoren-Vereins hielt ihre Monatsversammlung ab. Einstimmig wurde die Angliederung an den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen.

Große Rechtsfundgebung in Berlin

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Unter dem Leitwort „Für deutsches Recht und deutsche Rechtspflege“ fand am Freitag im Plenarsaal des Landtages eine große Kundgebung statt, an der der Preussische Justizminister und der Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz im Einvernehmen mit dem Präsidium der preussischen Anwaltskammern nationalsozialistischer deutscher Juristen eingeladen hatte.

Justizminister Kerrl

sprach über die Neugestaltung des Rechtes. Man könne nicht von oben herab Gesetze machen, sondern nur das in Gesetzesform prägen, was in Wahrheit schon im Volke innerlich erschaffen und Wirklichkeit geworden ist.

Das Recht, das von außen kommt, ist nichts, nur das Recht, das mit uns geboren ist, wird uns zum Glück führen können.

Der Dekan der juristischen Fakultät der Berliner Universität, Geheimrat Heymann, erklärte im Auftrage sämtlicher Dekane der juristischen Fakultäten aller deutschen Universitäten, daß sie sich zur Mitarbeit an dem großen Ziel der Erneuerung des deutschen Rechtes bezeichnen.

Für die Anwaltschaft begrüßte Graf von der Goltz den neuen Staat. Als Vertreter Österreichs sprach der Landesleiter Oesterreichs im Bund nationalsozialistischer deutscher Juristen, Dr. Vertjan.

nen, so weist ich das im Namen von Hunderttausenden von Deutschösterreichern entschieden zurück. Mit Ihnen werden wir um ein deutsches Recht kämpfen, und es wird unsere Aufgabe sein, ein neues Recht im großen nationalsozialistischen deutschen Staat Adolf Hitlers zu schaffen.

Ministerialdirektor Dr. Freisler gab als amtliche Erklärung des Preussischen Justizministers bekannt, daß diejenigen aus dem Kampfe um Deutschlands Freiheit, die vom alten System zu Mörderern erklärt wurden, jetzt feierlich zu Helden der Nation erklärt werden.

Deutscher Industrie- und Handelstag

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Der frühere demokratische Reichswirtschaftsminister Dr. h. c. Ham hat seinen Urlaub als Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages erbeten und erhalten. Für das bisherige Geschäftsführende Präsidium ist eine Erweiterung beschlossen worden, und zwar durch Zuwahl von 8 Herren, die der DHDV angehörend bzw. nahestehen.

Dieber Präventivkrieg als Gleichberechtigung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. In welcher leichtfertiger Weise in Frankreich die Beziehungen zu Deutschland erörtert werden, beweist ein Artikel des „Echo de Paris“.

Welche Sanktionen kämen gegen Deutschland in Frage? Es gäbe keine besonderen Sanktionen. Die Besetzung des Rheinlandes sei ein Untergang für die Durchführung der Friedensverträge.

Das Blatt erklärt dann, es befürchte vor allem, daß Hitler sich auf das Verhalten verleihe und sich zu Vergleichsleistungen herbeilasse, die auf Grund der Erklärung der fünf Mächte vom 11. Dezember 1932 zur Gleichberechtigung führen müßten.

Bildung einer großen deutschen Rechtsfront

(Telegraphische Meldung)

Der Preussische Justizminister zum Führer bestimmt

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Bisher gibt es allein in Preußen 26 Verbände, in denen die Juristen und juristischen Beamten organisiert sind. Der Preussische Justizminister und Ministerialdirektor Freisler sowie der Nationalsozialistische Deutsche Juristenbund haben seit einigen Wochen auf eine Vereinheitlichung und Bildung einer einheitlichen deutschen Rechtsfront hingewirkt.

Rücktritt des Oberbühnen-Kommissars gefordert

(Eigener Bericht)

Hindenburg, 12. Mai.

Mehrere hundert Arbeiter, die größtenteils der NSD-Betriebszelle angeschlossen sind, versammelten sich vor der Concorchia-Grube und der Donnersmarchtstraße und entsandten zu der Werkleitung und zu dem kommissarischen Oberbürgermeister Füllschäfer Vertreter.

Gerichtliche Beschlagnahme von Gewerkschaftsvermögen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Der Generalstaatsanwalt des Landgerichts I Berlin, hat die Beschlagnahme des sozialdemokratischen Parteivermögens dahingehend ergänzt, daß auch das Vermögen der Freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, aller ihnen angeschlossenen Gewerkschaften sowie aller ihnen angeschlossenen Vermögensverwaltungen beschlagnahmt wird.

talanlagen im letzten Jahrzehnt sei der Bauer nicht mehr verantwortlich zu machen.

Berlin, 12. Mai. Gegen den Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, den demokratischen Abgeordneten von Klob, waren schwerwiegende und ehrenkränkende Vorwürfe erhoben worden, daß er sich durch Mißbrauch der Macht zur Verschwendung der Reichskasse betätigt habe.

Reichsgesetz über Zweckparunternehmungen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Das Reichskabinett hat ein Reichsgesetz über die Zweckparunternehmungen verabschiedet, das besonders dazu dienen soll, eine scharfe Unterscheidung zwischen den sogenannten Zweckparkassen und den allgemeinen Spartassen zu schaffen.

Museinandergeredet Darré-Jugenberg

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 12. Mai. Der Versuch, in einer Unterredung zwischen Reichsminister Jugenberg und dem nationalsozialistischen Landwirtschaftsführer Darré zu einer Einigung über die grundsätzlichen Fragen der Landwirtschaft zu kommen, muß als gescheitert angesehen werden.

Reichsbankdiskont 4%
Lombard 5%

Berliner Börse 12. Mai 1933

Diskontsätze
New York . . . 8%
Zürich . . . 2%
Brüssel . . . 8 1/2%
Paris . . . 2 1/2%
Warschau 0%

Verkehrs-Aktien		heute	vor
AGV. Verkehrsw.	52	54 1/2	57 1/2
Alte Lok. u. Str.	85 1/2	87	89 1/2
Dt. Reichsb.V. A.	97 1/2	99 1/2	101 1/2
Hapag	64 1/2	66 1/2	68 1/2
Hamb. Hochbahn	64 1/2	66 1/2	68 1/2
Hamb. Südbahn	34	36	38
Nordd. Lloyd	19 1/2	20 1/2	21 1/2

Bank-Aktien		heute	vor
Adco	52 1/2	54 1/2	56 1/2
Bank f. Br. Ind.	95	97 1/2	100
Bank f. elekt. W.	70 1/2	72	74
Berl. Handelsbes.	98 1/2	100	102
Com. u. Priv. B.	52 1/2	54 1/2	56 1/2
Dt. Bank u. Disc.	63	65	67
Dt. Centralboden	69	71	73
Gl. Golddiskont	100	100	100
Dt. Hypothek. B.	75 1/2	77 1/2	79 1/2
Dresdner Bank	60 1/2	62 1/2	64 1/2
Reichsbank	131 1/2	133 1/2	135 1/2

Industrie-Obligationen		heute	vor
6% do. Zoll. 1911	8,35	8,35	8,35
Türkenlose	6,90	6,90	6,90
2 1/2% Anat. Lu. II	30	30	30
4% Rasch. O. Eb.	13	13	13
Lissab. Stadt. Anl.	38,60	38,60	38,60

Banknotenkurse		Berlin	12. Mai
Sovereigns	20	20,46	20,46
20 Francs-St.	16,13	16,22	16,22
Gold-Dollars	4,135	4,202	4,202
Amer. 1000-5 Doll.	3,525	3,545	3,545
do. 2 u. 1 Doll.	3,525	3,545	3,545
Argentinische	0,805	0,805	0,805
Brazilianische	—	—	—
Canadische	3,09	3,11	3,11
Englische, große	14,165	14,215	14,215
do. 1 Pfd. u. dar.	14,165	14,215	14,215
Türkische	1,97	1,99	1,99
Belgische	58,43	58,67	58,67
Bulgarische	—	—	—
Dänische	62,02	63,18	63,18
Dänischer	82,09	82,41	82,41
Estnische	—	—	—
Finnische	6,20	6,24	6,24
Französische	16,52	16,58	16,58
Holländische	168,88	169,5	169,5
Italien, große	21,96	22,04	22,04
do. 100 Lire	—	—	—
und darunter	23,31	23,39	23,39

Industrie-Aktien		heute	vor
Accum. Fabr.	202	204	206
A. E. G.	204 1/2	207	210
Alig. Kunstzijde	88 1/2	90	92
Amend. Pap.	73	75	77
Anhalt. Kohlen	—	—	—
Aschaff. Zeisel	20 1/2	21	22

Unnotierte Werte		heute	vor
Dt. Petroleum	113	110	107
Kabelw. Rheddt	10 1/2	11	12
Linke Hofmann	10 1/2	11	12
Oehringen Bgb.	113	110	107

Renten-Werte		heute	vor
Dt. Anl. v. 28 I.	78 1/2	80 1/2	82 1/2
do. Sch. A. 29	70 1/2	72 1/2	74 1/2
do. Ldsch. C. G. P. F.	78	80	82
do. Schl. L. G. P. F.	77 1/2	79 1/2	81 1/2
do. do. Liq. P. F.	79 1/2	81 1/2	83 1/2
do. do. Liq. P. F.	79 1/2	81 1/2	83 1/2

Ausländische Anleihe		heute	vor
Dt. Anl. v. 28 I.	78 1/2	80 1/2	82 1/2
do. Sch. A. 29	70 1/2	72 1/2	74 1/2
do. Ldsch. C. G. P. F.	78	80	82
do. Schl. L. G. P. F.	77 1/2	79 1/2	81 1/2
do. do. Liq. P. F.	79 1/2	81 1/2	83 1/2

